

Karl Heinrich Pohl, Zwischen protestantischer Ethik, Unternehmerinteresse und organisierter Arbeiterbewegung. Zur Geschichte der Arbeitsvermittlung in Bielefeld von 1887 bis 1914, Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek, Bielefeld 1991, 286 S., brosch., 28 DM.

Die Arbeitsvermittlung nimmt in der Gegenwart im Rahmen der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zwischen Arbeitsförderung, Berufsberatung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung einen zentralen Platz ein, indem sie die Arbeitsmarktverhältnisse transparent macht, die Marktteilnehmer zueinander in Beziehung setzt, Arbeitslosigkeitssituationen zu vermeiden bzw. abzumildern hilft und auf diese Weise betriebswirtschaftliche und soziale Kosten vermeidet. Sie ist – wie die gesamte Arbeitsmarktpolitik – ein Nebenprodukt der kapitalistisch organisierten Industriewirtschaft; sie wurde in dem Maße erforderlich, wie der Industrialisierungsprozeß auf der einen Seite das Arbeitsplatzangebot enorm ausweitete und zugleich differenzierte, das auf der anderen Seite nach einem beruflich und regional hochmobilen Arbeitskräfteangebot verlangte. Im Verlauf des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts wurde deutlich, daß die traditionellen Möglichkeiten der Stellensuche und -besetzung wie Handwerkerkernachweise, gewerbliche Stellenvermittler und insbesondere die eigeninitiative Arbeitssuche (die »Umschau«) diesen Anforderungen zunehmend weniger genügten. Stelleninserate waren nur in dem noch schmalen Angestellten-sektor gebräuchlich.

Der Weg zum Vermittlungsmonopol der öffentlichen Arbeitsämter war freilich lang und durchaus nicht vorgezeichnet. Vielmehr war das heute etablierte System der Arbeitsmarktpolitik, das erst 1927 mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung reichsgesetzlich eine dauerhafte organisatorische Form erhielt, das Resultat langjähriger und konfliktreichen Experimentierens, bei dem die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerorganisationen sowie der Staat (in Gestalt zunächst der Gemeinden, dann aber auch der Bundesstaaten bzw. der Länder und des Reiches) als Hauptprotagonisten auftraten. Es brauchte eine gewisse Zeit (und nicht zuletzt die neuartigen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs mit anfänglicher Massenarbeitslosigkeit und anschließender Arbeitskräfteverknappung), um der besonders von der bürgerlichen Sozialreform vertretenen Auffassung zum Durchbruch zu verhelfen, daß eine effektive Handhabung der Arbeitslosen- und Arbeitsmarktfragen ihre Herauslösung zum einen aus dem Bereich der Armenpflege und zum anderen aus dem unmittelbaren Konfliktfeld der Arbeitsmarktparteien voraussetzte.

Im Detail allerdings zeigen sich durchaus unterschiedliche Interessenkonstellationen und vom »Entwicklungsweg« abweichende Problemlösungsstrategien. Das Besondere vom Allgemeinen zu trennen und das Spezifische als solches zu kennzeichnen, machen die Stärke der Regional- und Lokalgeschichte aus, vor allem wenn sie gleichwohl für die nationale Geschichte fruchtbar gemacht werden kann. Pohl gelingt die Realisierung dieses selbstgesetzten Anspruchs in exemplarischer Weise, weil er mit dem von ihm so bezeichneten »Bielefelder Modell« der Arbeitsvermittlung eine zeitweilig erfolgreich praktizierte Alternative zu den favorisierten Organisationsformen vorstellt, ihre Bedeutung aber durch den vergleichenden Blick auf andere Städte zu relativieren weiß.

Ein maßgeblicher sozialpolitischer Faktor waren in Bielefeld die Bodelschwingschen Anstalten, die in die lokale Arbeitsmarktpolitik eingebunden werden konnten, wodurch die kommunale Arbeitsvermittlung aber einen ausgeprägt fürsorgerischen, sozial-konservativen Charakter erhielt. Dies harmonierte anfangs mit den Interessen der Stadt und der Arbeitgeberschaft (während sich die politisch unmaßgebliche Sozialdemokratie distanzierte), bis auch hier die karitativen Elemente der Vermittlungsgrundsätze, die in erster Linie auf die Unterbringung Arbeitsloser abhoben, den Erwartungen der schnell expandierenden Industrie nicht mehr entsprachen.

Ob das differenziert und abgewogen dargestellte »Bielefelder Modell« allerdings tatsäch-

lich so exzeptionell war, wie Pohl behauptet, wäre noch genauer zu prüfen, wählten Ende des 19. Jahrhunderts doch viele Kommunen zunächst einmal den Weg der Kooperation mit bereits bestehenden Arbeitsnachweisen verschiedener, auch karitativ orientierter Trägervereine, bis sie sich zur eigenen Organisation entschlossen. Im übrigen hätte Pohl den völlig unnötigen Fehler vermeiden sollen, zur Rechtfertigung des eigenen Forschungsvorhabens einleitend wissenschaftliche Kontroversen zu konstruieren, die es so gar nicht gibt. Eine solche »Krücke« hat sein Buch nicht nötig. *Anselm Faust, Düsseldorf*

Ralf Roth, Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main. Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, Waldemar Kramer Verlag, Frankfurt/Main 1991, 246 S., geb., 38 DM.

Literatur zur Rolle und Bedeutung der Arbeitersekretariate in der Arbeiterbewegung war bisher eher rar, obwohl die organisierten Bewegungen der Arbeiter erhebliche Kraft und finanzielle Mittel in diese Einrichtungen steckten und selbst viel über deren Arbeit und Aufgaben publizierten. Die Fallstudie von Ralf Roth über das freigewerkschaftliche Gewerkschaftskartell in Frankfurt füllt daher eine Lücke. Die mit Abbildungen, Tabellen und Graphiken gut ausgestattete Veröffentlichung, 1988 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität als Magisterarbeit eingereicht, aber über den Charakter einer Examensarbeit weit hinausgehend, fragt nach den sozialpolitischen Perspektiven des 1892 gegründeten Frankfurter Gewerkschaftskartells. Das Gewerkschaftskartell nahm vor dem Ersten Weltkrieg im Geflecht der Frankfurter Arbeiterorganisationen eine zentrale Stellung ein. Inneres Zentrum des Kartells war das Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariat, das mit seinen von Roth systematisch ausgewerteten Jahresberichten neben zeitgenössischer Literatur die Quellengrundlage der Arbeit liefert.

Konkret versucht Roth, »anhand der Stellung der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialpolitik aufzuzeigen, wie dieser Teil der Arbeiterbewegung sich zu den disparaten politischen Kräften in der Gesellschaft des Wilhelminischen Kaiserreichs verhielt« (S. 8), wobei er die organisierte Arbeiterbewegung in einer »Zwischenstellung« zwischen den »beiden ideologischen und politischen Blöcken der Konservativen und Liberalen« sieht. Diese bot »die Möglichkeit für ein eigenständiges Eingreifen in den politischen Gestaltungsprozeß dieser Gesellschaft, aber sie bot auch die Möglichkeit, dies nicht im Sinne des Fortschritts zu tun« (S. 12). Folgte das Frankfurter Gewerkschaftskartell also der reichsweiten Tendenz zu »konservativ-staatlicher Sozialpolitik«, d. h. zu einer an der Aufrechterhaltung des politischen Status quo orientierten Politik der Eindämmung der sozialen Veränderungen, oder wählte man im durch eine liberale Tradition bürgerlicher Wohlfahrt geprägten Frankfurt eine »liberal-kommunale« alternative Reformstrategie der Abmilderung oder Beseitigung sozialer Mißstände und nahm die entsprechenden Integrationsangebote an?

Die gelungene Aufarbeitung der Wirtschaftsgeschichte Frankfurts zeigt, daß der industrielle und soziale Wandel dort ohne große Brüche unter weitgehender Beibehaltung der traditionellen Strukturen der Handels- und Handwerkerstadt Frankfurt erfolgte, so daß bei überwiegend kleinbetrieblichen Strukturen in Handel, Handwerk und verarbeitendem Gewerbe eine gemischte Sozialstruktur entstand. Zur Bewältigung der Folgen des sozialen Wandels entwickelten »sozialliberale« Gruppen des Bürgertums und insbesondere die Kommunalbürokratie zahlreiche Initiativen, die der Milderung der schlimmsten sozialen Mißstände, der Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Lebenswelt und der Erhaltung des politischen Status quo dienen sollten.